



Verbotenes Ritual

Angehörige des Pokot-Volkes in Kenia stützen eine junge Frau nach dem Ritual der Genitalbeschneidung. Der Brauch markiert den Übergang zum Frausein und ist Voraussetzung für eine Hochzeit. Die abgeschieden lebenden Pokot halten an ihm fest, obgleich Beschneidungen von der Regierung in Nairobi 2011 verboten wurden. Im Oktober kündigte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon, eine Kampagne an, um dem lebensgefährlichen Eingriff bei Mädchen innerhalb einer Generation endlich weltweit ein Ende zu setzen. suk

China

„Recht brechen, um es zu verbessern“

Benny Tai, 50, Gründer der Protestbewegung Occupy Central, über Wege aus dem Patt zwischen Regierung und Demonstranten in Hongkong

SPIEGEL: Die Polizei fängt an, Camps zu räumen, Ihr Rückhalt in der Bevölkerung sinkt. Wie geht es weiter?

Tai: Die Regierung hat Legitimität verloren. Wenn sie die eine Straße räumt, besetzen Demonstranten eine andere.

SPIEGEL: Sie wollen sich nun der Polizei stellen, um ein Gerichtsverfahren zu provozieren. Warum?

Tai: Das Konzept des zivilen Ungehorsams ist ein Widerspruch in sich: Man bricht das Recht, um es zu verbessern. Ein Gerichtsverfahren gibt uns die Möglichkeit, unser Anliegen erneut vorzutragen und den Ball wieder ins Rollen zu bringen.

SPIEGEL: Wie lange wird Peking diesem Ringen zwischen Regierung und Demonstranten in Hongkong noch zusehen?



Tai: Ich glaube nicht, dass Peking mit drastischen Mitteln eingreifen wird, also etwa die Volksbefreiungsarmee einsetzt. Präsident Xi Jinping wird das internationale Ansehen, das er in den vergangenen Wochen aufgebaut hat, nicht aufs Spiel setzen.

SPIEGEL: Er hat die Demonstrationen immerhin als „illegal“ bezeichnet.

Tai: Das räumen wir ja ein. Doch man muss genau hören: Xi sprach nicht von „Randalen“ oder einem „Aufstand“. Das wäre beunruhigend. bza

FOTOS: BOBBY YIP / REUTERS (L.); SIEGFRIED WOODLA / REUTERS (O.)



Pakistan IS-Allianz mit den Taliban

Die im Irak und Syrien operierende Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) baut gezielt Kontakte nach Pakistan auf. Ein Sprecher der extremistischen Tehrik-i-Taliban Pakistan (TTP), der sich Fahad Marwat nennt, erklärte vorvergangene Woche, eine dreiköpfige IS-Delegation

habe sich mit Vertretern der militanten Kampfgruppe Jun-dullah in der Provinz Belu-tschiistan getroffen, um eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten. Bereits im Oktober bekannten sich sechs TTP-Kommandeure aus dem Nord-westen des Landes in einer Videobotschaft zur Kooperation mit dem IS. Dabei akzeptierten sie auch den selbst ernannten Kalifen Ibrahim als ihren Führer. Mit der Bro-

schüre „Fatah“ („Sieg“) wirbt IS in Pakistan in der Landessprache Paschtu bei der Bevölkerung um Unterstützung für ihren Kampf. Die Provinzregierung von Belutschistan ist höchst alarmiert über die neue Allianz. Nach Erkenntnissen der dortigen Sicherheitsbehörden planen IS und lokale Gruppen gemeinsame Angriffe auf Militäranlagen des atomar bewaffneten Landes. suk

Kommentar

Die Angst der weißen Männer

Nach der Nacht der Midterm-Wahlen vor fast drei Wochen, die zu einem Desaster für die Demokraten geriet, traf US-Präsident Barack Obama eine folgenschwere Entscheidung: keine Kompromisse mehr. Er ging nicht auf die Republikaner zu, er hörte nicht auf seine Berater, die mehr Geschmeidigkeit anmahnten. Obama will als Präsident Prinzipientreu in die Geschichte eingehen. Er will nun tun, was er für richtig hält. Und dazu gehört für ihn, Millionen Einwanderern ein vorläufiges Bleiberecht zu garantieren.

Obamas Entscheidung, den Unterprivilegierten in der Schattenökonomie der Schwarzarbeit einen offiziellen Status zu geben, ist für die amerikanische Gesellschaft ein Glücksfall. Rund fünf Millionen illegale Einwanderer, die überwiegend aus Lateinamerika stammen und seit über fünf Jahren in den USA leben, dürfen jetzt auf Bleiberecht hoffen.

In vielen amerikanischen Städten wären Gärten verwildert, Teller in Restaurants ungespült und Kleinkinder unbetreut ohne die Hilfe der Zuwanderer. Sie werden nun nicht länger kriminalisiert, sondern integriert. Das

fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt einer Nation, die seit je ein Einwanderungsland ist.

Im 17. Jahrhundert siedelte die erste Generation von Europäern über, später folgten Asiaten. Seit einiger Zeit nun sind es Familien aus Lateinamerika.

Wenn die Republikaner so tun, als ginge damit das christliche Amerika der Gründerväter unter, dann ist dies vor allem ein Aufstand wohlhabender weißer Männer, die verzweifelt um ihre Privilegien kämpfen. Diese weißen Männer haben Obamas Dekret zu Recht als Kampfansage empfunden. Obama handelt immer dort stark und überzeugend, wo er für Minderheiten und Schwächere eintritt; in seinem Herzen ist er der Sozialarbeiter geblieben, der er einst in Chicago war. Seine Politik stellt die Machtfrage in einer Gesellschaft, in der die weiße Mittelklasse schrumpft, während die Zahl der Einwanderer wächst. Die Reform ist deswegen mehr als ein humanitärer Akt. Sie ist eine Richtungsentscheidung, wie das Amerika von morgen aussehen soll.

Holger Stark

Fußnote

1 Mio.

Neugeborene sterben jedes Jahr an ihrem ersten Lebenstag, 2,8 Millionen Babys sogar in den ersten vier Wochen. Die Sterberate von Kindern bis zum fünften Lebensjahr hingegen konnte seit 1990 laut aktuellem Unicef-Report halbiert werden. suk

FOTO: BRENDAN SMIALOWSKI / AFP



Obama, Personenschützer